



Nicht nur schuldenfrei, sondern auch enteignet

Gastkommentar über die Privatisierungspolitik der ÖIAG

„Gewinne statt Schulden“ wirbt die ÖIAG dieser Tage in ganzseitigen Inseraten und verweist stolz darauf, dass die staatliche Industrieholding nunmehr schuldenfrei sei. Dürfen nun auch die letzten „Zweifler“ (ÖIAG) der Privatisierungspolitik jubeln? Einiges spricht dagegen.

Zunächst Grundsätzliches: Der Staat war in Österreich nie Unternehmer aus Jux und Tollerei, sondern nur in wenigen strategischen Bereichen: bei den Schlüsselindustrien und in der Infrastruktur. Die Ziele des Staates als Unternehmer waren vorrangig volkswirtschaftliche und weniger betriebswirtschaftliche. Es ging darum, die Flaggschiffe in Österreich zu halten und mit ihrer Hilfe der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft zu nützen. Die Voest stellte zum Beispiel billigen Stahl zur Verfügung und bildete mehr Lehrlinge aus, als sie selbst brauchte, sie führte betriebliche Mitbestimmung ein und zahlte faire Löhne. In der weltweiten Stahlkrise zog sie Schulden der Massenarbeitslosigkeit vor (anders als in Nordengland, Wales oder Lothringen), der Standort Donawitz nicht zugesperrt, sondern durch die Krise getaucht. Nebenbei avancierte die Voest zum Weltmarktführer. Jetzt wurde sie verkauft.

Hier beginnt die Kehrseite des Jubels: 1. Die ehemaligen Beteiligungen gehören „uns“ nimmer. „Wir“ sind nicht nur schuldenfrei, sondern auch enteignet. 2. Die öffentliche Kontrolle über strategische Schlüsselindustrien, wie z. B. die Voest, ist futsch. Die Voest kann jederzeit abwandern, einen Teil des Werkes zusperren oder Großinvestitionen woanders vornehmen. „Wir sind nicht mit Linz verheiratet“, war das erste, was die neue private Voest von sich gab. 3. Viele der verkauften Beteiligungen sind hochprofitabel. „Wir“ fallen damit um jährliche Gewinnbeteiligungen um, mit denen sinnvolle Investitionen getätigt, Arbeitsplätze geschaffen – oder Schulden getilgt werden könnten. Die Voest machte im Vorjahr einen Gewinn von 500 Millionen Euro – genauso viel, wie wir für den Verkauf des letzten Drittels erlösten, jetzt verlieren wir Cash. 4. Um die Beteiligungen profitabel zu machen, wurden viele von uns massiv geschädigt: Tausende verloren ihren Arbeitsplatz, für Abertausende verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen. Die Neuausrichtung der Unternehmen auf Aktienkurspflege und Gewinn hat hohe soziale und ökonomische Kosten, die in keiner Bilanz aufscheinen. Was ist mit der Schließungswelle bei Postämtern? Mit der Abwanderung der Austria Tabak-Werke? Mit dem Zittern um die VA Tech? Mit der Nichtversorgung der Regionen mit Breitband-Internet durch die Telekom? Mit dem Nachkriegsarbeitslosenrekord?

In den Staatsbetrieben ist unbestritten einiges schief gelaufen. Doch als Lehre daraus alles zu verkaufen ist plump und einseitig. Eine von der Öffentlichkeit mitkontrollierte, dem Gemeinwohl verpflichtete und von Parteipolitik ferngehaltene Staatsholding wäre ein Mittelweg zwischen obrigkeitstaatlicher Vergangenheit und fundamentalistischer Privatisierung.